



Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Jahren haben wir Landwirte mit der Kampagne „Lebensmittel sind mehr wert“ gegen das Preisdumping bei Milch, Butter, Fleisch und vielen anderen Produkten argumentiert. Bei Getreide beobachten wir nun schon mehrere Monate deutlich anziehende Notierungen. Im Sommer haben die Nachrichten über teurere Lebensmittel auch die Verbraucher erreicht. Und mit einiger Verzögerung kommen nun die Preiserhöhungen bei Milch, Butter oder Käse auch endlich bei den Landwirten an. Wir Landwirte vertrauen darauf, dass die Bürger mehrheitlich diese Preiserhöhungen akzeptieren und freuen uns ganz besonders über die Unterstützung des Ministerpräsidenten. Christian Wulff hat auf dem Landesbauerntag in Celle deutlich gesagt: Milch muss den ihr angemessenen Wert erhalten und darf schon aus ethisch-moralischen Gründen nicht billiger als Wasser verkauft werden. Wir wünschen uns sehr, dass diese Einschätzung bei den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes auf breiten Konsens trifft. Beeindruckt war ich auf dem Landesbauerntag aber auch, wie fundiert die Repräsentanten der vier im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien zu agrarpolitischen Themen diskutiert haben. Das Landvolk Niedersachsen freut sich über das Interesse daran und bietet Ihnen als Leserinnen und Lesern dieser Informationen ebenfalls jederzeit die Bereitschaft zum vertiefenden Dialog an!

Ihr **Werner Hilse**

Erbschaftssteuer darf nicht zur Belastung werden

Das Denken und Wirtschaften in Generationen ist auf Niedersachsens Höfen fest verwurzelt. Diese gute alte Tradition gerät nun durch die Diskussion um die Erbschaftssteuer akut in Gefahr. Die verantwortlichen Politiker können sich bislang nicht auf ein geeignetes Bewertungsverfahren für die landwirtschaftlichen Betriebe einigen. Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung die Freistellung fortgeführter Unternehmen von der Unternehmenssteuer bereits vollmundig angekündigt. Dieses Versprechen sollte nun in die Tat umgesetzt werden. Auch Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff will die zukünftige Hofnachfolge durch die Novellierung der Erbschaftsteuer nicht gefährden.

Ganz konkret fühlen sich, wie Landvolkpräsident Werner Hilse erläutert, die landwirtschaftlichen Betriebsleiter und insbesondere die nachrückenden Generationen auf den Höfen durch die aus der so genannten Koch-Steinbrück-Arbeitsgruppe bekannt gewordenen Überlegungen verunsichert. Diese Arbeitsgruppe sucht nach Ansätzen zur Bewertung des landwirtschaftlichen Vermögens und beruft sich dabei auf die Verkehrswerte ein-

zelner Wirtschaftsgüter auf den Betrieben. Diese Daten müssen aus landwirtschaftlicher Sicht jedoch als „Mondzahlen“ bezeichnet werden, da sie nur in den Ausnahmefällen einer Veräußerung zu erzielen sind. Bei den Bodenrichtwerten müssen solche Maßstäbe als schlicht falsch bezeichnet werden, da die Veräußerung einzelner Grundstücke in der Regel nicht von landwirtschaftlichen Faktoren beeinflusst wird.

Der Berufsstand fordert eine Annäherung an den Unternehmenswert auf Grundlage des Wirtschaftswertes. Damit wird eine sachgerechte Bewertung der Betriebe angestrebt. Die Landwirte hoffen mit anderen Wirtschaftszweigen auf die von der Bundesregierung versprochene Entlastung der Unternehmensnachfolger. Die Politik hat eine Entlastung der Unternehmensnachfolger zugesichert – fatal wäre es, wenn die Reform für die Landwirte zu einer zusätzlichen Belastung würde. Das hat auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Erbschaftsteuer nicht gefordert. Sollte die Reform mit Belastungen für die nachfolgende Generation verbunden sein, wäre der Schaden gerade im Agrarland Niedersachsen mit seinen zukunftsorientierten Höfen groß.

Lebensmittel sind endlich wieder mehr wert

Seit Jahren prangern Landwirte mit der Kampagne „Lebensmittel sind mehr wert“ das für alle Beteiligten ruinöse Preisdumping bei Lebensmitteln an. „Nun haben Lebensmittel offensichtlich wieder ihren Wert“, stellte Landvolkpräsident Werner Hilse zum Auftakt des Landesbauerntages in Celle fest. Wie abgesprochen seien weltweit vier landwirtschaftliche „Leitprodukte“ - Reis, Weizen, Mais und Eiweiß - knapp geworden. Hilse äußerte mit Blick auf die daraus resultierenden Preissteigerungen die Hoffnung, dass die Bewegungen im Markt von den Verbrauchern akzeptiert würden. Ministerpräsident Christian Wulff, der vor mehr als 600 Bäuerinnen und Bauern die Leitlinien der Landespolitik skizzierte, zollte Hilse zum Thema Lebensmittelpreise Zustimmung. Schon allein aus ethisch-moralischen Gründen müsse beispielsweise Milch den ihr angemessenen Wert erhalten und teurer als Wasser verkauft werden, bezog Wulff eindeutig Position.

Hilse verdeutlichte aber auch, dass einige Landwirte zurzeit noch ein „tiefes Tal“ durchschreiten müssen. Die Sauenhalter beispielsweise erhielten für ihre Qualitätsferkel gerade noch um die 25 Euro, denen Vollkosten in Höhe von 55 bis 60 Euro gegenüber stünden. Lange könne das kein Betrieb durchhalten. Insgesamt jedoch sah er die niedersächsische Agrarwirtschaft in einer recht guten Ausgangsposition, um sich auf den internationalen Märkten behaupten zu können. Dazu bedürfe es aber auch weiter der richtigen Rahmenbedingungen, mahnte Hilse an.

Ganz konkret beispielsweise fühlen sich die Landwirte hierzulande durch fehlende Veterinärabkommen in ihrer Konkurrenzkraft beeinträchtigt. Und bei weiterer Flächenverknappung müsse auch dem anhaltenden Verbrauch landwirtschaftlich genutzter Areale Einhalt geboten werden. Hilse sprach in diesem Zusammenhang das Ersatzgeld als Alternative zu Ausgleichs- und Ersatzflächen im Sinne des Naturschutzgesetzes an. Damit

ließe sich auch mehr Qualität im Naturschutz verwirklichen.

Diese und viele weitere konkrete agrar- und landespolitische Themen von Gentechnik bis zu Erbschaftsteuer standen auch im Mittelpunkt einer Diskussionsrunde mit Repräsentanten der vier im Landtag vertretenen Fraktionen. Hier wurde sehr deutlich, dass landwirtschaftliche Themen in den Köpfen der Landespolitiker verankert sind und mit Interesse aufgegriffen werden. Das Motto des Landesbauerntages in Celle, „Landwirtschaft. Unsere Zukunft in Niedersachsen“, machte damit zukünftigen Bauerngenerationen durchaus Lust auf ihre ganz persönliche Zukunft in der Landwirtschaft.

Milchpreisplus kommt verzögert bei den Bauern an

Zuerst Milch und Butter, nun auch Käse und Quark: Milchprodukte ziehen im Preis an. Über Jahre, ja sogar Jahrzehnte waren Milch und Butter im Preis mehr als stabil, das Preisbarometer tendierte allenfalls nach unten. Die aktuellen Preisbewegungen leiten sich aus einer steigenden Nachfrage bei knapper Rohstoffversorgung ab und sind damit rein marktwirtschaftlich begründet. Der „Preisruck“ entsteht durch Vertragslaufzeiten, die je nach Produkt bis zu einem Jahr andauern können. Wird der Kontrakt zwischen Molkerei und Handel beispielsweise zum September neu verhandelt, Angebot und Nachfrage haben sich aber im Frühjahr erheblich verschoben, erfolgt die Preisanpassung der letzten Monate auf einen Schlag.

Als besonders erfreulich wertet das Landvolk die Tatsache, dass nun endlich die Preissteigerungen auch bei den Landwirten ankommen. Die Milcherzeugerpreise sind im Juli 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat in Deutschland um sechs ct/kg oder 22 Prozent gestiegen. Einige Molkereien konnten weit aus höhere Zuschläge realisieren, am höchsten fielen sie mit einem Plus von zehn ct/kg in Schleswig-Holstein aus. Damit liegen die Milcherzeugerpreise jetzt deutlich über 30

ct/kg und zeigen nach langer Zeit erstmals wieder nach oben. Weitere Zuschläge bei den Milchgeldabrechnungen haben viele Molkereien für den Herbst angekündigt. Zurzeit erhalten die Landwirte für die Milch mit 3,7 Prozent Fett und 3,4 Prozent Eiweiß ab Hof trotzdem kaum mehr als vor 25 Jahren. In aktuellen Umfragen betonen Verbraucher auch mit Blick auf die aktuellen Preissteigerungen immer wieder, sie würden die höheren Ausgaben akzeptieren, wenn diese an die Landwirte weitergegeben würden.

Das Institut für Ökonomie der Ernährungswirtschaft an der Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel in Kiel hat aktuell ausgerechnet, wie hoch der Anteil ist, den der Landwirt vom Milchpreis erhält. Bei einem durchschnittlichen Verbraucherpreis von 66 ct je Liter Vollmilch mit 3,5 Prozent Fett kassiert zuerst der Staat 4,3 ct als Mehrwertsteuer (sieben Prozent). Vom Nettopreis in Höhe von 61,7 ct erhält der Landwirt mit 31,5 ct derzeit etwa die Hälfte, gut ein Drittel oder 36 Prozent gehen an die Molkereien für Erfassung, Verarbeitung, Verpackung, Logistik und Grüner Punkt. 13 Prozent verbleiben nach der Kieler Studie im Handel. Die Diskussion um steigende Lebensmittelpreise relativiert sich aus Verbrauchersicht durch die Tatsache, dass in Deutschland die Ausgaben für Lebensmittel mit gerade noch gut zehn Prozent an der Lebenshaltung im europäischen Vergleich konkurrenzlos niedrig sind. Und nach Angaben des Statistischen Bundesamtes haben im Juli günstigere Preise für Obst und Gemüse das leichte Plus bei Milch und Butter ausgeglichen. Gesunde Ernährung bleibt damit für die Bürger weiterhin preisgünstig.

Ferkelerzeugern steht das Wasser bis zum Hals

Während die Preise für Getreide in die Höhe schnellen und sogar die Milchpreise anziehen, sieht es für die Schweinemäster und Sauenhalter in Niedersachsen derzeit nicht rosig aus. „Wir bekommen die gestiegenen

Kosten vom Handel zurzeit nicht wieder“, sagt Johann Arendt Meyer zu Wehdel, Vizepräsident des Landvolks Niedersachsen und Vorsitzender des Veredelungsausschusses. Die momentane Krise treffe die Ferkelerzeuger besonders hart, weil sie nicht elastisch auf die Märkte reagieren könnten. „Man kann die Biologie nicht einfach anhalten“, verdeutlichte der Landwirt, der einen Ackerbaubetrieb mit Schweinemast und Putenhaltung in Badbergen bewirtschaftet. Auch bei niedrigen Preisen würden die Ferkel geboren. Das bringe die Ferkelerzeuger in eine enorme finanzielle Zwickmühle.

Zudem halten sich viele Schweinemäster zurück und lassen lieber mal einen Stall leer stehen – obwohl die Ferkelpreise binnen eines Jahres von rund 60 auf etwa 35 Euro je Ferkel zurückgegangen sind. „Solche Mäster sehen offensichtlich keine Chance, in den nächsten vier Monaten Geld zu verdienen“, sagt Meyer zu Wehdel. Der Grund dafür seien vor allem die deutlich gestiegenen Futterkosten.

Durch den hohen Selbstversorgungsgrad sind die niedersächsischen Landwirte sehr abhängig vom Export. Bei wachsenden Weltmärkten liege aber gerade hier auch eine große Chance, betont Meyer zu Wehdel. In der Ferkelerzeugung sei in den vergangenen Jahren eine Steigerung um 10 bis 15 Prozent bei den aufgezogenen Ferkeln pro Sau und Jahr erreicht worden, nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Niederlanden und Dänemark. „Diese Produktivitätssteigerung führt automatisch zu einem höheren Angebot am Markt mit Preisrückgängen im ersten Quartal dieses Jahres um mehr als 20 Prozent bei Schlachtschweinen“, erklärt er. Davon hätte der Verbraucher bisher jedoch nicht profitiert. „Das ist die Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels, der offenbar gute Spannen hat“, vermutet Meyer zu Wehdel. Er forderte Handel und Verarbeitung auf, die hohen Gewinnspannen an die Schweinehalter weiterzugeben, die darauf dringend angewiesen seien.

Blauzungenkrankheit beunruhigt Bauern

Der rapide Anstieg der Blauzungenfälle beunruhigt Niedersachsens Rinder- und Schafhalter. Täglich werden neue Fälle gemeldet, allerdings breitet sich die Tierseuche in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen noch weitaus rascher aus.

Dem Menschen kann der Erreger nicht gefährlich werden, auch der Verzehr von Fleisch und Milchprodukten birgt keinerlei Gefährdungspotenzial. Leider steht zurzeit noch kein Impfstoff zur Verfügung, so dass die Landwirte dem Fortschreiten der Seuche nahezu tatenlos zusehen müssen. Ihnen bleibt lediglich die Möglichkeit, die Tiere gegen Mücken zu schützen. Allerdings müssen sie in den Regionen, wo die Blauzungenkrankheit festgestellt wurde, mit deutlichen Restriktionen leben. In einem Radius von 20 km um den betroffenen Hof gilt eine Sperrzone. Außerhalb dieses Radius dürfen Zucht- und Nutztiere nur mit Genehmigung des Veterinäramtes verbracht werden, Voraussetzung ist eine negative Blutuntersuchung auf Blauzungenkrankheit.

Da der Krankheitsverlauf in diesem Jahr wesentlich aggressiver ist als im Vorjahr, hat das Niedersächsische Landwirtschaftsministerium auf Anregung des Berufsstandes mit einem Erlass reagiert. Danach können die Veterinärämter bei schwer erkrankten Tieren, die zu verenden drohen, die Tötung anordnen. Für den Tierhalter leitet sich daraus ein Anspruch auf Entschädigung nach dem Tierseuchengesetz ab. Die Blauzungenkrankheit muss zuvor in einem amtlichen Labor bestätigt und durch die kommunale Veterinärbehörde amtlich festgestellt werden. Bei weiteren Ausbrüchen im selben Betrieb reicht eine amtstierärztliche klinische Untersuchung. Wird die Krankheit dagegen erst nach dem Tod des Tieres festgestellt, kann der Tierhalter lediglich einen Antrag auf Härtefallbeihilfe durch die Tierseuchenkasse stellen. Dazu muss er die Erkrankung unverzüglich beim Veterinäramt melden.

Weitere Informationen zur Blauzungenkrank-

heit gibt es im Internet unter www.tierseucheninfo.niedersachsen.de

Landwirte sind keine Transportunternehmen

Die nationalen Vorschläge zur Umsetzung der EU-Tierschutztransportverordnung stoßen bei Niedersachsens Landwirten auf Kritik. Danach sollen Landwirte wie Transportunternehmen eingestuft werden und Kenntnisse und Fähigkeiten zum Transport von Schweinen oder Rindern erwerben. Diese sind nach einer Prüfung unter Beweis zu stellen und werden mit amtlichem Dokument belohnt. Landvolkpräsident Werner Hilse hat in einem Schreiben an den Niedersächsischen Landwirtschaftsminister darauf hingewiesen, dass Landwirte im Sinne der EU-Verordnung nicht als Transportunternehmer einzustufen sind und daher keinen speziellen Befähigungsnachweis vorlegen müssten. Landwirte, Tierwirte, Pferdewirte oder Tierpfleger erwerben ebenso wie Fachhochschul- oder Hochschulabsolventen der Landwirtschaft oder Tiermedizin im Laufe der Ausbildung die entsprechende Sachkunde. Ein gesonderter Befähigungsnachweis, der letztendlich lediglich dokumentieren soll, dass der Betroffene die neue EU-Verordnung gelesen, verstanden und zur Kenntnis genommen hat, wird daher vom Berufsstand als bürokratisch und praxisfremd eingestuft.

Bei der Ausbildung zukünftiger Land- und Tierwirte sowie der anderen genannten Berufsgruppen könnten die Vorgaben der neuen EU-Verordnung explizit berücksichtigt werden. Unbürokratische und praxisnahe Regeln sollten sich für Landwirte mit langjähriger Berufserfahrung finden lassen. Geht es doch hier allenfalls um Transporte einer Kuh zur Tierschau, zur Tierklinik oder auf einen anderen Betrieb. Pferdehalter, die ebenfalls mit ihren Tieren gelegentlich zu sportlichen Veranstaltungen unterwegs sind, wurden von dem Sachkundenachweis ausgenommen.